

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Landesverband Mecklenburg-Vorpommern

SPD M-V | Wismarsche Str. 152 | 19053 Schwerin

BEE e.V.
EUREF-Campus 16
10829 Berlin

Haus- und Postanschrift:
Willy-Brandt-Haus
Wismarsche Straße 152
19053 Schwerin

Landesgeschäftsführer:
Steffen Wehner
Telefon 0385/731 98-20
E-mail: steffen.wehner@spd.de
Internet: www.spd-mv.de

28.06.2021

Sehr geehrte Frau Dr. Peters,
Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Zusendung der Handlungsempfehlungen des Bundesverbandes Erneuerbarer Energien zur Bundestagswahl. Sie laufen damit bei der SPD in Mecklenburg-Vorpommern sprichwörtlich offene Türen ein. In Mecklenburg-Vorpommern sehen wir die Energiewende nicht nur als eine klimapolitische Notwendigkeit, sondern mit Blick auf die Potentiale des Landes vor allem auch als eine wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Chance. Wir sind der Ansicht, dass der Erfolg der Energiewende maßgeblich daran hängen wird, diese wirtschaftliche Chance auch zu nutzen.

Wir haben daher ein sehr starkes Interesse daran, dass insbesondere die bundespolitisch zu regelnden Rahmenbedingungen endlich dergestalt novelliert werden, dass eigenwirtschaftlich tragfähige Business Cases im Bereich der Sektorenkopplung und Speicherung möglich werden. Mecklenburg-Vorpommern hatte mit einer Studie zur Umsetzung von Experimentierklauseln bereits 2019 einen entsprechenden Debattenbeitrag geleistet; unsere Initiative im Bundesrat fand jedoch nicht die erforderliche Unterstützung.

Sektorenkopplung wird der zentrale Dreh- und Angelpunkt des Erfolgs der Energiewende werden. Wir haben im Land erfolgreiche Institute der Grundlagenforschung und unterstützen Unternehmen, sofern dies auf Landesebene möglich ist, bei der Umsetzung und Realisierung von Projekten. Beim Thema Batteriespeicher oder Warmwasserspeichern stehen bzw. entstehen Vorzeigeprojekte für ganz Deutschland in unserem schönen Bundesland.

Wir sind überzeugt, dass erneuerbare Energien inzwischen so wettbewerbsfähig sind, dass für einen erfolgreichen Markthochlauf keine direkten Subventionen, wohl aber der Abbau von Hindernissen notwendig sind.

Wir begrüßen, dass der BEE den größten Vorteil der erneuerbaren Energien berücksichtigt, nämlich die Möglichkeit dezentraler Systeme. Wir sind d'accord, dass die Energieerzeugung und -speicherung durch Privathaushalte ein wesentlicher Baustein einer erfolgreichen Energiewende sein müssen, dafür aber passende Rahmenbedingungen benötigt.

Bei der CO₂-Bepreisung müssen wir jedoch etwas Wasser in den Wein gießen. Wir sind als Flächenland mit hohem Pendleraufkommen aber geringer Bevölkerungsdichte immer noch auf motorisierten Individualverkehr angewiesen. Wir sind ein Bundesland, in dem vielen Menschen schlicht das Einkommen oder ererbtes Vermögen fehlt, um auf Elektromobilität zu setzen. Gleichzeitig ist die Bereitstellung eines attraktiven ÖPNV und SPNV außerhalb der wenigen Zentren schlicht kaum finanzierbar und stellt für Land und Landkreise eine enorme Herausforderung dar.

CO₂-Bepreisung, so richtig sie im Kern ist, birgt für viele Menschen bei uns im Land die Gefahr, dass von wenig Geld noch künstlich etwas aus dem Haushaltseinkommen abgezweigt wird, hierdurch aber mangels Eigenkapital kein Investitions- oder Sanierungsanreiz erwächst. Die Folge: Fossile Energieträger und Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor müssen weiter genutzt werden. Ein der motorisierten Individualmobilität nahekommendes landesweites Angebot des ÖPNV ist für das Land allein schlicht nicht finanzierbar.

Eine sozial gerechte CO₂-Bepreisung muss dies berücksichtigen, soll sie zur Akzeptanzsteigerung beitragen. Eine Verteilung von Geldern darf am Ende des Tages nicht einfach nach Bevölkerungszahl erfolgen, sondern muss regionale Besonderheiten wie Fläche oder Einkommen besonders berücksichtigen. In einem Bundesland wie Bayern mit einem Spitzen-BIP in Europa sind sowohl Investitionen in der Breite der Bevölkerung leichter realisiert, schmerzen Mehrausgaben durch die CO₂-Abgabe deutlich weniger, als dies bei uns im Land der Fall ist. Und in dicht besiedelten Bereichen ist der Zuschussbedarf im ÖPNV deutlich geringer als in ländlichen Bereichen mit nur wenigen Fahrgästen.

Ich würde mich sehr freuen, wenn wir bei dieser Frage auf die Unterstützung des Bundesverbandes Erneuerbare Energien zählen können, auch wenn das nicht Ihr Kerntätigkeitsfeld ist. Aber bspw. Windenergieanlagen werden perspektivisch eher in Mecklenburg-Vorpommern errichtet werden als in Bayern, zumindest so lange die CSU dort die Regierung stellt. Die Menschen bei uns im Land zahlen aber heute schon die höchsten Strompreise im Bundesvergleich. Im Interesse der Akzeptanz der Energiewende sind daher sozial gerechte Regelungen, die soziale Verwerfungen verhindern helfen, zwingend notwendig.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. Steffen Wehner